

Mr. 861

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentäglich drei Mal, und an die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur ein Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Preussland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Mittag-Ausgabe.

mer Zeit

Hundertster Jahrgang.

Freitag, 8. Dezember.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
Hud. Hoffe, Haasenstein & Vogler A. G.,
G. L. Dambé & Co., Invalidendank.

Verantwortlich für den
Inseratenthail:
J. Klugkist in Posen.
Fernsprecher: Nr. 102.

Inserate, die sechsgespaltige Beilzelle oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Erwiderung für die Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1893

15. Sitzung vom 7. Dezember, 1 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Abg. Dr. Sahn (Hosp. b. d. Mall.): Die nationalliberale Partei, in deren Namen ich spreche, unterscheidet bei dieser Novelle zwei Theile, die eigentliche Börsensteuer und die Wüthungs- und Frachtsteuer. Der zweite Theil ist uns nicht so sympathisch wie der erste, und zwar fürchten wir, daß durch die Art der Handhabung des Gesetzes nicht nur der Mittelstand sondern auch der Arbeiterstand belästigt wird, ebenso wie dies beim Invaliditätsversicherungsgesetz geschehen ist, das sich durch seine Handhabung den Namen „Klebe-gesetz“ erworben hat. Es ist auch nicht wahr, wie Herr Gamp behauptete, daß der Arbeiter nicht gegen Quittung kauft, für den Weizen wenigstens ist es nicht zutreffend. Die nationalliberale Partei wird der Quittungssteuer nur dann näher treten, wenn verschiedene Abstufungen gemacht werden. Bezüglich der Börsensteuer können wir uns mit den Ausführungen des Abg. Meyer einverstanden erklären, und wenn der Redner der Freisinnigen Vereini-gung, die doch im Wahlkampf von der Börse so große Summen erhalten hat, sich für die Erhöhung der Börsensteuer erklärt hat, so können wir uns dem nur anschließen. Seit den siebziger Jahren, als Bakster gegen die Börse sprach, ist die Börse besser geworden, wenn auch nur zwangsmäßig. Es giebt auch ehrenhafte Leute an der Börse. Wenn aber Abg. Singer meint, es finden sich unter den Spekulanten auch die Edelsten der Nation, so vergißt er, daß das Verhältnis der spekulirenden Edelsten der Nation sehr gering ist im Verhältnis zu den Beuten aus dem alten Testament. (Heiterkeit und Unruhe links.) Wenn gegen die Offiziere anlässlich des Hannoverischen Spielerprozesses Vorwürfe erhoben werden, so bedenkst man nicht, daß die Offiziere in ganz jungen Jahren bereits in eine hohe soziale Stellung kommen. Die Sozialdemokraten hätten doch weit mehr Ursache, auf die Zustände in der sozialdemo-kratrischen Jugend zu achten. Nachdem ich so lange Jahre in den Zeitungen die Angriffe des Abg. Richter und anderer auf den Offizierstand gelesen habe, freue ich mich, daß ich jetzt als jüngerer Ancehöriger dieses Standes denselben in Schutz nehmen kann. (Präsident v. Levetzow ruft den Redner zur Sache.) Der Abg. Richter hat ganz recht, wenn er glaubt, daß die Mißstände an der Börse nicht durch eine Steuer beseitigt werden können, das kann nur geschehen durch eine organische Gesetzgebung. Das neue Aktien-gesetz hat manche Auswüchse ausgerottet. Es ist sehr zu beklagen, daß wir unser deutsches Geld dem Auslande gegeben haben. Die Geschäftsleute sind ebenso wie ihre Kunden über den Kessel bar-birt worden durch die Emissionen auswärtiger Staaten. Man gab sich betrefFs der Rentabilität der Unternehmungen, betrefFs der Zustände jener Länder falschen Hoffnungen hin. Es war Niemand da, der Ausschlag geben konnte. Die Hand-kredittaxeure übernehmen nur das, was ihnen zugeht. (Ru-f: Die Deutsche Bank!) Die Deutsche Bank nimmt ebenso wie alle großen Emissionsanstalten die Interessen der Gesammtheit wahr. (Lachen links.) Sie hat selbst dabei Verluste ge-habt. Es wäre wünschenswerth, daß eine neutrale Stelle geschaffen werde, die dem Publikum Auskunft giebt. (Zuruf des Abg. Richter: Geheimer Baperrath!) Sie nennen das geheimer Baperrath, aber auch Ihre Zeitung, die „Freisinnige Zeitung“ ist nicht der geheime Baperrath gegenüber dem Publikum gewesen, wie sie es hätte sein können und müssen, sondern auch sie hat das aufgenommen, was ihr die Emittenten zugehen ließen. Das kauf-männische Leben hat sich übrigens sehr gebessert, es besteht jetzt eine viel größere Sicherheit als früher. Man müßte den Emissions-firmen eine gewisse Verantwortlichkeit auferlegen, und die wohl-meynenden Geschäftseleute würden sich dem nicht widersetzen. Der Provinzialbanker ist ja an sich sehr nützlich, aber wir haben leider in den letzten Jahren die Erfahrung gemacht, daß Provinzialban-kers ihre Kunden zu Spekulationen, namentlich zu Ultimospekula-tionen verleitet haben. Diese Thätigkeit ist keine erspriessliche. Durch die Steuer wird allerdings das Arbitragegeschäft belastet, und wenn man die Thätigkeit an der Börse als Arbeit bezeichnen kann, so ist es diejenige der Arbitrageure. Der Aufschwung des Geschäftes aber, den wir doch erblicken müssen, wird diese Schä-digung wohl abwägen. Am besten ließe sich die Börsensteuer aus-führen, wenn wir ein einzelntliches Börsenorganisationsgesetz hätten, aber da wir gerade jetzt Dedung für die Militärorganisation brauchen, so müssen wir zugreifen. Die Börse in Deutschland hat durch den nationalen Aufschwung unter dem Kaiser Wilhelm, auch durch die Kolonialpolitik einen größeren Aufschwung erlebt als je eine Börse in einem anderen Lande. (Sehr richtig! rechts.) Die Bandwirthschaft im Westen hat nicht diesen Vortheil gehabt. Durch unsere Politik in großen Zügen haben wir uns Konkurrenten geschaffen, die der Bandwirthschaft geschadet haben. Trotzdem trägt sie ihre Lasten, warum soll nicht die Börse sie tragen? Sie hat ja auch ihre Bereitwilligkeit gezeigt. An der Börse wurden ja Sammlungen zu Gunsten der Militärvorlage veranstaltet. Die Börse hat ja auch vom Militär nur Vortheile gehabt, die Kriegs-anleihe von 1870 hat ihr große Summen eingebracht. Der Patriotismus der Bankiers geht ja auch noch weiter. Mancher Bankier freut sich, seine Tochter an einen preussischen Lieutenant verheirathen zu können. (Große Heiterkeit.) In der national-liberalen Wäbberschaft hat man große Sympathien für die Börsen-steuer, es ist mir sogar angefallen worden, einzelne Emissions-firmen anzugreifen. Die vorliegende Novelle ist ein Gesetz, das die Sympathien des überwiegend größten Theils des deutschen Volkes für sich hat. (Beifall rechts.)

Hg. Liebermann v. Sonnenberg (Anttl.): Ich habe der nationalliberalen Partei Glück zu wünschen für den hörbaren Ausdruck von den bisherigen Grundätzen des laissez faire laissez aller zu dem wirtschaftlichen Schutz des Schwachen gegenüber dem Uebermächtigen. Eine solche sozialpolitische Umformung bedingt einen Zug zum Antisemitismus, der auch ausreichend aus den Ausführungen des Vorredners herausklang. In das Lob des Nationalismus gegenüber der Börse kann ich leider nicht einstimmen.

Wenn 17 Bantfirmen Geld für die Militärvorlage gezehnet, vielleicht auch gegeben haben, dann haben sie do ut des-Politik getrieben. Ich muß auch sagen, wenn Offiziere die Töchter reich gewordener jüdischer Bankiers heirathen, so glebt das keine gute Mischung, keinen guten Klang. (Große Heiterkeit.) Mit Freuden habe ich vom Staatssekretär gehört, daß der Börse Fesseln angelegt werden müssen. Vielleicht wendet auch der preussische Finanzminister seine große Arbeitskraft an, um ein organisches Gesetz gegen Börsenauswüchse zu schaffen. Bedauerlich ist, daß voraussichtlich aus der Börsenauquete-Kommission so wenig herauskommen wird. Das deutsche Volk hat ein Recht darauf, daß die gesammten Verhandlungen der Börsenauquete-Kommission veröffentlicht werden. Gegenüber dem Reichsfängler, der meinte, die antisemitische Bewegung werde sich schließlich gegen das Kapital überhaupt wenden, bemerke ich, wir bekämpfen weder das jüdische Kapital noch das Kapital überhaupt, sondern wir unterscheiden zwischen schädlichem und nützlichem Kapital. Schädliches Kapital ist solches, das ohne wirkliche Arbeit an der Börse aufgesammelt wird, das zu Lug und Trug und Schwindel führt. Der Reichsfängler hat uns vorgeworfen, wir erregten Unzufriedenheit im Lande; es kann aber keinen mächtigeren Förderer der Unzufriedenheit geben, als den Reichsfängler selbst. So viel Unzufriedenheit, wie er durch seine Rede gegen den Antisemitismus erregt hat, werden die Sozialdemokraten und Antisemiten nicht in 10 Jahren erregen. Wenn diese nationale Bewegung erst erstarbt sein wird, so werden wir den Sozialdemokraten das Wasser abgraben. Von uns ist noch Niemand zu den Sozialdemokraten übergegangen, aber wir haben Beispiele genug, daß sich viele von der internationalen zur nationalen Befähigung der Unzufriedenheit wenden. (Sachen links.) Herr Richter meinte, an der Börse verteidigten auch Antisemiten. Er hat überhaupt das Wesen des Antisemitismus noch nicht begriffen. Seine verkehrten Ausführungen gegen den Antisemitismus haben ihm seinen Landtagsitz in Hagen gekostet. (Sachen links.) Wenn Antisemiten an der Börse verkehren, dann sind es die christlichen, deutschen Angestellten jüdischer Geschäfte, Telegraphenboten, Kassenboten u. s. w. Wer an der Börse spekulirt, hätte Abg. Richter aus der Eingabe der Berliner Firmen erleben können; es sind das meist Juden, darunter auch eine große Anzahl solcher, welche den jüdischen Namen abgelegt haben, wie dies ja neuerdings mit hoher obligatlicher Erlaubniß gestattet ist, z. B. bei dem Schmal-Böke. (Heiterkeit.) Abg. Singer hat gegen die Börsensteuer nur formale Bedenken geltend gemacht. Wenn er aber sagte, er wolle einmal trivial sein, so ist ihm das gelungen. Seine Angriffe auf die Agaxier waren durchaus ungerechtfertigt. Die Lebenshaltung der Landwirthe ist sehr geklungen. Anstatt die Offiziere wegen ihrer hohen Ausgaben zu tabeln, sollten Sie die Lebenshaltung der Börsenjobber einmal in Betracht ziehen. (Abg. Singer: Ehrenscheine unterzeichnen, aber nicht bezahlen!) Herr Singer, Sie machen sich wieder zum Träger von solchen Infamnationen, die ich parlamentarisch nicht bezeichnen kann, wie ich mehrfach als bewusste Unwahrheit zurückgewiesen habe. Sie richten sich dadurch selber, indem Sie sich zum Mitgenossen von Bucherern machen. (Auf des Abg. Singer: Unverschämte Frechheit!) Vizepräsident Frhr. v. Buol: Ich bitte keine Zwiesprache zu halten! (Große Heiterkeit.) Abg. Schmidt: Ueberfeld begiebt sich zum Präsidenten und macht ihn auf die ungebührliche Auslassung des Redners aufmerksam. Abg. Liebermann von Sonnenberg bemerkt dies und ruft dem Abg. Schmidt zu: Ueberlassen Sie doch dem Präsidenten die Beurtheilung dessen, was unparlamentarisch ist. Abg. Richter: Nein, wir haben das Recht den Präsidenten zu benachrichtigen, wenn er nicht aufgepaßt hat! Vizepräsident Frhr. v. Buol: Ich werde darauf aufmerksam gemacht und habe wohl gehört, daß der Redner einem Mitgliebe „bewusste Unwahrheit“ vorgeworfen hat. Ich muß diesen Ausdruck rügen. Redner fährt fort: Es ist allerdings Zeit, daß wir zu einer geordneten Finanzwirtschaft zurückkehren. Aber unsere Anleihen werden wir auch ohne die Börse becken können. Das Hazardspiel, das man „Termingeschäft“ nennt, wird auch weiter blühen, der Stempel wird auf das Publikum abgewälzt werden. Wo ist der Staatsmann der Zukunft, der unser Volk vor der Ausbeutung der Börse schützt? Vielleicht glebt auch Dr. Miquel Auskunst vor dem Lande, welchen volkswirtschaftlichen Nutzen das Differenzgeschäft hat? Ist es vom volkswirtschaftlichen Standpunkt nöthig, daß die ausländischen Papiere, Serben, Bulgaren, Griechen, Portugiesen u. s. w. nach Deutschland kommen? Dadurch wird nur dauernde Beunruhigung unter dem Publikum hervorgerufen. Die Regierung muß daran gehen, zum Schutz der rechtlichen Arbeit die Auswüchse der Börse zu beseitigen. Die Börse befördert die Spilleienhaft, deshalb muß sie beschränkt werden. Wenn die Abgg. Richter und Singer dabei helfen wollen, will ich auch gern für Aufhebung der Lotterie stimmen. Die Produktionsbörse ist ähnlich schädlich wie die Fondsbörse. Ich kann es nicht für volkswirtschaftlich richtig halten, daß so viel Produkten an der Börse verhandelt werden, wie auf der ganzen Erde nicht existiren, daß Rüben und Getreide verhandelt werden, die noch auf dem Felde stehen. Welche Auswüchse die Börse zeitigt, zeigt die Verbreitung solcher Gerüchte, wie die falsche Nachricht von der Entkränkung des Kaisers. (Redner verliest lange Stellen aus Schriften von Böhr und Solano-Webster über die Schädlichkeit der Börse und Abhilfe.) Das Börsenspiel ist viel gefährlicher als das Roulette. Zu bedauern ist, daß die Börsensteuer in Zusammenhang gebracht ist mit anderen Steuern. Ich glaube, daß es viele im Hause geben wird, die nicht für das Gesetz stimmen können, wenn nicht der Quittungs- und Frachtempel erheblich abgeändert wird. Darin stimme ich mit Herrn Richter überein, daß Jeder, der es mit dem Mittelstand gut meint, nicht für den Quittungsstempel stimmen kann. Ich hoffe, daß es in der Kommission gelingen wird, die Börsensteuer von den übrigen Steuervorschlägen zu trennen. Die Börsensteuer ist gut; je höher, je besser. Viel notwendiger aber ist ein Börsenreformgesetz, welches die Ausbreitung der Börse beschränkt. (Beifall rechts.)

Vizepräsident Hr. v. Buol: Nach dem stenographischen Bericht hat der Redner gesagt: „Herr Abg. Singer, Sie machen sich wieder zum Träger von solchen Insinuationen, die ich parlamentarisch nicht bezeichnen kann, die ich mehrfach als bewusste Un-

Abg. Dr. **Stamm** (nl.): Wenn der Abg. Hahn für meine Partei gesprochen hat, so bitte ich nicht jede Aeußerung desselben als bindend für die ganze Partei anzusehen. Meine Partei hat nicht antilemische Sympathien, sie sieht im Gegentheil die antilemische Agitation als Verirrung an, die die Lebensschaffen aufwühlt. Redner polemisiert sodann gegen die Aeußerung des Abg. Richter, daß die Freunde der Militärvorlage Unzufriedenheiten erregt hätten, und daß sie alles daran zu setzen hätten, um durch Steuern die Unzufriedenheit nicht noch mehr zu steigern und Nachtheile von sich abzuwenden. Die nationalliberale Partei müsse diesen Vorwurf entschieden zurückweisen, sie habe nichts zu fürchten. Ein Theil meiner Freunde ist Anhänger einer Reichseinkommensteuer, von deren Unausführbarkeit uns die Reden der Minister nicht überzeugt haben. Es wird noch nicht 10, noch nicht 5 Jahre dauern, und wir bekommen sie doch. Die Entwicklung der finanziellen Verhältnisse des Reichs treibt dazu. Damit hängt auch der Gedanke einer Reichserbschaftsteuer eng zusammen, die im Reich nicht auf eben solchen Widerstand stoßen würden wie in Preußen. Warum ist man ferner dem Gedanken nicht näher getreten, Zugusssteuern einzuführen? Wenn sie auch im Anfang nichts einbringen, lassen Sie sie doch sich genügend entwickeln! Zu diesen Zugussgegenständen gehören auch die Antiquitäten der Auktions- und Verwaltungsräthe bei den Altgenossenschaften. Nach der Versicherung des Reichskanzlers, nur die leistungsfähigsten Schultern heranzuziehen, hätte man nicht solche Vorlagen erwartet, die die großen Massen belasten, wie z. B. die Tabak- und Weinsteuer, sowie die sonderbar verschobene Nahrungsteuer. Auch eine Emissionssteuer wäre nicht so schwer durchzuführen gewesen, wie es dargestellt wird. Wer glaubt, in Deutschland mit exotischen Papieren solide Geschäfte machen zu können, läßt sich durch eine geringe Emissionssteuer nicht abschrecken. Selbst auf die Gefahr hin, daß die Unschuldigen mitgetroffen werden, müssen wir die Schuldtigen zu treffen suchen.

(Es ist unsre Pflicht, gegen die Auswüchse der Börse Front zu machen. Was die Quittungs- und Frachtsteuer anbelangt, so ist der größte Theil meiner politischen Freunde, zu denen auch ich gehöre, gegen diese Steuer, weil sie zu demselben Kapitel gehören wie die Tabak- und Weinsteuer. Durch Abänderung in der Kommission werden wir das Gesetz hoffentlich in eine Form bringen, daß es sich leben lassen kann. Den Gedanken der Reichs-Einkommen- und Reichserbschaftsteuer lassen Sie nicht fallen. (Beifall bei den Nationalen Liberalen.)

Präsident v. Lebedow: Der Vorredner hat die Qualitätssteuer eine sonderbar verschrobene Steuer genannt. Ich finde diesen Ausdruck sonderbar. (Geheiserkeit.)

Abg. Meiß (Sop.): So lange die kapitalistische Gesellschaft besteht, wird auch die Ausbeutung bestehen und die wird von jüdischen und christlichen Kapitalisten gleichmäßig geübt. Die Kulturs- und Frachtbrieffsteuer belastet den kleinen Gewerbetreibenden übermäßig. Es ist eine Ungerechtigkeit, daß der große Gewerbetreibende für eine ganze Waggonladung auch nur einen Frachtschempel von 10 Pf. zu bezahlen braucht. Diese Steuern werden zu großen Spekulationen verleiht. Ich kenne eine große Firma, die Firma Grawint im Kreise Gummersbach, die viele Millionen besitzt und doch große Summen an Wechselstempelsteuer fraudirte. Die Einkünfte dafür sind in meinen Händen. Gegen eine Reichseinkommensteuer hätten sich die herrschenden Klassen nur, weil sie die Lasten auf das Volk abwälzen wollen. Und doch hätten sie die Pflicht, die Lasten für Gehege zu tragen, von denen sie einen Vorteil haben. Beim preussischen Einkommensteuergesetz fehlt auch die Progression nach oben, so daß die Millionen-Einkommen nicht entsprechend getroffen werden können. Wenn Abg. Liebermann von Sonnenberg meinte, es gingen bereits Leute aus sozialdemokratischem ins antisemitische Lager über, so gratulire ich ihm zu der neuen Erwerbung, den Herren Schwennhagen u. s. w. Gleich und gleich gesellt sich gern. Weitall bei den Sozialdemokraten.

Reichschatzsekretär Graf v. Posadowsky verliest die Erklärung des Reichskanzlers vom Juli gelegentlich der Berathung der Willtürvorlage, um den Nachweis zu erbringen, daß die eingebrachten Steuervorlagen nicht im Widerspruch mit den damaligen Erklärungen des Reichskanzlers ständen. Der Versuch, die Steuerlast auf die leistungsfähigeren Schichten zu legen, liegt in der Tabakfabriksteuer vor. (Widerschrei links, Rufe: Quittungssteuer!) Denn wer vertheuerte Cigarren raucht, bezahlt auch die höhere Steuer! Desgleichen belastet auch die Weinsteuer gerade die wohlhabenden Klassen. (Rufe links: Winzer!) Schließlich muß ich betonen, daß nicht der Reichskanzler die Vorlage gemacht hat, sondern die verbundenen Regierungen.

Hg. Grafe (Antif. Ref.): Im Namen der Antisemitischen Reformpartei habe ich die Erklärung abzugeben, daß wir der höheren Besteuerung der Börse zustimmen, wenngleich wir glauben, daß die Steuer noch nicht der Größe des Objekts entspricht. Ablehnend verhalten wir uns gegen die Quittungs- und Frachtsteuer, an deren Stelle andere Steuern vorzuschlagen wir uns für die zweite Lesung vorbehalten. Redner fügt dieser Erklärung hinzu, der Reichsanzler habe bei der Militärvorlage verlangt, man solle Vertrauen zur Regierung haben. Die Reformpartei set in ihrem Vertrauen selber getäuscht worden.

Abg. Graf Arnim-Musau (Rp.): Woher die Popularität der Einkommensteuer kommt, muß jeder einsehen, der weiß, in wie geringem Verhältniß Leistung und Gewinn bei Börsengeschäften stehen. Ich erinnere nur daran, daß Börsen bei einem Barkapital von 6000 Mark Umsätze von 168 Millionen gemacht hat. Redner befürwortet alsdann eine Reform der Börse, wozu allerdings nach den Erfahrungen der Enquete-Kommission, namentlich nach der Haltung der an der Enquete-Kommission beteiligten Beamten, wenig Aussicht sei.

Staatssekretär Dr. v. Böttcher: Die bei der Börsenquote Theilgenommenen Beamten haben keine Instruktion von den Chefs gehabt, irgend eine bestimmte Haltung zu den dort verhandelnden Fragen einzunehmen. Sie wurden nur hingeschickt, weil man glaubte, daß dieselben in diese Fragen sich gründlich einarbeiten werden. Da ich noch nicht im Besitze des Materials bin, so läßt sich nicht übersehen, welcher Weg eingeschlagen wird zur Beseitigung von Mißständen im Wege der Geisgabeung oder der Verwaltungsmäßregeln. Die verbündeten Regierungen haben antlich noch keine Stellung dazu genommen. Trotzdem bitte ich den Grafen Arnim, nicht trübe in die Zukunft zu blicken, sondern überzeugt zu sein, daß da, wo Uebelstände vorhanden sind, auch der Wille zur Besserung vorhanden ist.

Die Debatte wird hierauf geschlossen.
 Persönlich bemerkt Abg. Dr. **Meier** (Fr. Vergg.): Der Abg. Hahn hat eine Aeußerung gethan, aus der hervorzugehen scheint, als ob wir durch die Uebersetzung seitens der Rösse veranlaßt worden seien, für die Militärvorlage einzutreten. (Widerspruch des Abg. Hahn.) Wenn Ihrer Aeußerung diese Absicht nicht unterlag, so will ich sie auf sich beruhen lassen. Wenn uns auch bedeutende Kapitalien zur Verfügung gestellt sein sollten, so find sie doch nicht in unsere Hände gelangt, und ich würde dankbar sein, wenn uns der Weg gezeigt würde, auf dem sie in unsere Hände gelangen könnten (Geltzerst.). In meinem Wahlkreis ist ein Zufluß von Geld keineswegs erfolgt, und dasselbe ist mir bekannt aus Bremen, Lübeck, Danzig, Hirschberg und Elbmünde. Es ist allerdings in Folge eines vorausß Geld gesammelt worden, und ich nehme keinen Anstand, die Summe zu nennen. Es waren 6700 Mark. Niemand von Ihnen wird glauben, daß diese Summe geeignet ist, eine Krasion aufrecht zu erhalten. (Geltzerst.)

Abg. Dr. **Sahn**: Der Abg. Plebermann von Sonnenberg hat mich falsch berichtet. Ich freue mich keineswegs darüber, daß die jüdischen Bankiers vielfach ihre Töchter an Pleutenants verheirathen. Ich habe blos nur konstatiert zum Beweise, daß diese Herren unseren militärischen Einrichtungen sympathisch gegenüberstehen, allerdings scheinen mir die Ergebnisse, die aus diesen Verbindungen entspringen, keineswegs erfreuliche zu sein. (Große Gelächter.)

Das Stempelsteuergesetz wird an eine Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen.

Nächste Sitzung Sonnabend 2 Uhr: erste Berathung der vom Centrum und den Konservativen eingebrachten Anträge, betreffend Revision der Alters- und Invaliditätsversicherung und des Centrumsantrags, betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften.

Schluß 5 Uhr.

Der russische Handelsvertrag.

Δ Berlin, 7. Dez.

Die Petersburger „Börzenzeitung“, das Blatt des Finanzministers Witte, theilt jetzt mit, daß Herr Witte anscheinlich Zugeständnisse an Deutschland gemacht habe. Vom Standpunkte eines Petersburger Blattes aus könnten die russischen Zugeständnisse anscheinlich erscheinen, ohne es vom deutschen Standpunkte aus zu sein. In diesem Falle aber dürfte die Mittheilung der genannten Zeitung als Bestätigung der hier umgehenden Nachrichten über den aussichtsreicheren Verlauf der Vertragsverhandlungen angesehen werden. Mit dem Vorbehalt, der solchen einer *authentischen* Unterstüßung

ja naturgemäß ermangelnden Versicherungen gebührt, verzeichnen wir die heute wiederum aufretende Nachricht, daß der Vertrag zwar noch nicht abgeschlossen ist, daß aber die wichtigste Arbeit gethan ist, und daß man sich Gutes von der Weiterberathung versprechen darf, endlich, daß — wenn nichts Unvorhergesehenes dazwischen tritt, der Abschluß noch vor dem Januar erfolgen wird. Geschieht das, so ist es selbstverständlich, daß die Einbringung des Vertrags in den Reichstag und die parlamentarische Behandlung der Sache mit thunlichster Schnelligkeit betrieben werden wird. Haben sich beide Regierungen erst einmal darüber verständigt, daß dem Zollkriege mit seinen Verwüstungen auf beiden Seiten ein Ende gemacht werden soll, so erfordert es das gemeinsame Interesse, auch nicht einen Tag länger als nöthig zu warten, um in den Genuß der Vortheile zu treten, die sich jeder Kontrahent naturgemäß von der wirthschaftspolitischen Friedensschließung verspricht. Wenn Alles glatt von Statten geht, könnte der deutsch-russische Handelsvertrag hiernach wohl schon von Mitte Februar 1894 ab aelten.

Es steckt ein bitterer Humor darin, daß das russische Widerstreben gegen einen Zollvertrag, das von der einflußreichen Industriellenklasse des Zarenreichs getragen wird, gerade durch eine technische Industriefrage ersten Ranges gelähmt werden mußte, und daß ein scheinbar zufälliges, in Wirklichkeit aber mit dem ganzen bisherigen verkehrten System der russischen Volkswirtschaft zusammenhängendes Ereigniß zu besseren Entschliefungen beiträgt. Wir meinen die Kohlennoth in Rußland, die in diesem Lande, wo jede Kalamität gleich den Charakter des Gigantischen bekommt, gegenwärtig beinahe so bössartig wüthet wie seiner Zeit die Mißernten. Der ebenso kindliche wie frevelhafte Versuch, den russischen Kohlenbergbau gegen die ausländische Konkurrenz zu schützen, hat jetzt zu seinem sehr verdienten Flaske geführt. Deutsche Kohlen sind durch die Zollsperrre am Eindringen verhindert worden, englische Kohlen müssen in Odessa und den übrigen Häfen des Schwarzen Meeres einen unerschwinglichen Zoll bezahlen, und die Unfähigkeit des russischen Kohlenbergbaus, den schon durch die Zunahme der Eisenbahnen regelmäßig wachsenden Bedarf zu decken, hat eine Preissteigerung von siebenzig Prozent herbeigeführt, was so viel heißt, als daß jede industrielle Thätigkeit ruhen muß oder wahninnig vertheuert wird. Die russischen Industriellen selber sind es, die jetzt Abhilfe fordern müssen, und durch den Vertrag mit uns würde die Hilfe wenigstens zum Theil zu erreichen sein. Die deutsche Forderung, den Vanzoll für Kohlen ebenso niedrig wie den Ostseehäfen-Zoll anzusetzen (der Schwarze Meer-Hafen-zoll ist höher), wird jetzt zweifellos bewilligt werden.

Warum seinerzeit der Kohlenzoll an der preussisch-russischen Landesgrenze höher als der Ostseehäfen-Zoll bemessen wurde, verdient als hübsches Muster russischer Wirthschaftspolitik kurz erzählt zu werden. Die Differenz in der Behandlung der ausländischen Kohleneinfuhr hat keineswegs bloß, nicht einmal ausschließlich, den Schutz der polnischen Kohle gegen die oberschlesische zum Zweck, sondern die Maßregel wurde auf Anträgen der Moskauer Großindustrie beliebt, die sich von der aufstrebenden, zumeist in deutschen Händen befindlichen Industrie von Lodz mit Ueberschlagung bedroht sah. Den Lodzer Fabriken sollte die Kohle vertheuert werden, während die von Moskau sie aus Petersburg billiger zu beziehen gedachten. Jetzt bricht dies Kartenhaus egoistischer Kurzsichtigkeiten jäh zusammen.

Deutschland.

☐ Berlin, 7. Dez. [Liebermann = Singer.]

Die häßlichen Skandale, die die Abgg. Liebermann und Singer heute provozierten, erinnern an die wüstensten Ahlwardt-Tage. Die Schuld vertheilt sich zu gleichen Portionen auf den antisemitischen wie auf den sozialdemokratischen Ruhestörer. Daß die Unflätigkeiten Schimpfereien des Herrn v. Liebermann jedem Gegner das Blut wallen machen müssen, ist gewiß richtig. Ein solcher ekelhafter Kadauton wird wirklich nicht einmal von Ahlwardt angeschlagen, schon weil diesem die rednerischen und Stimmittel dazu fehlen. Auf der anderen Seite hätte aber auch Herr Singer nicht die zum Ueberdruß oft hervorgeritzte Geschichte mit den Liebermannschen Ehrenschneien aufzuführen sollen. Herr v. Liebermann hat den Abschied mit dem Rechte des Tragens der Uniform erhalten, er kann also, wenn er sich verfehlt hat, keines jener Vergehen auf seinem Namen haben, die jemanden aus dem geordneten Kreise der bürgerlichen wie militärischen Wohlstandigkeit ausschließen müssen. Das Uebelste an dem häßlichen Zwischenfall war, daß der Vizepräsident Zehr. v. Buol erst so spät seines Amtes waltete und den Skandal unnötig anschwellen ließ. Was heute im Reichstage geschah, mag im Vergleich mit ähnlichen Vorkommnissen in anderen Parlamenten diesem oder jenem auswärtigen Leser noch harmlos vorkommen. Aber diese Retaktivität ist keine Entschuldigung; auch ein geringeres Uebel braucht nicht zu sein, wenn man es eben verhindern kann.

— Dem aus dem Spieler- und Wuchererprozeß bekannten Landgerichts-Direktor **Heinroth** ist am 5. d. Mts. aus dem Civilkabinet des Kaisers ein Telegramm zugegangen, worin mitgetheilt ist, daß der Kaiser Herrn Heinroth wegen seiner Leitung des gedachten Prozesses den Rothen Adlerorden 4. Klasse verliehen habe.

— Wegen Beleidigung des Reichstanzlers Grafen Capriotti ist unter dem geirigen Tage gegen den antiesemitschen Druckermeister F. W. Glöck in Dresden, den antiesemitschen Verlagsbuchhändler K. A. Dewald in Berlin, Raufenstraße 49, gegen den Buchhändler B. S. Struppe zu Charlottenburg und gegen den Buchhändler C. Winkler in Charlottenburg öffentliche Anklage erhoben worden. Die strafbare Handlung wird von der Anklagebehörde in der Verbreitung und Veröffentlichung des antiesemitschen „Politischen Bilderbogens Nr. 3: Wiesnarn in Berlin“ erblickt. (Vergehen gegen die

§§ 185, 200 und 41 des R.-Str.-G.-B., sowie gegen den § 20 des Reichsgesetz über die Presse.) Die Hauptverhandlung ist auf den 18. Dezember d. J. vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I zu Berlin angesetzt.

* **Aus Weiningen**, 6. Dez. Der in Saalfeld für katholischen Religionsunterricht und Seelsorge zuständige Pfarrer Müller in Rudolstadt hatte, wie dem „Geiz. Zeitgl.“ geschrieben wird, einen in gemischter Ehe lebenden katholischen Familienvater mit der Verweigerung der Absolution bedroht, falls er nicht zustimme, daß zwei seiner Ehe entproffene Töchter katholisch erzogen würden. Zwei ältere Geschwister derselben gehören bereits der katholischen Kirche an. Die beiden Mädchen aber waren evangelisch getauft und hatten bereits evangelischen Religionsunterricht. Aus diesem nahm der Geistliche die Kinder heraus und in den katholischen Religionsunterricht hinüber. Darauf erfolgte Anzeige bei Superintendenten Kiehl, und dieser wandte sich an die vorgesetzte Behörde in Weiningen. Das herzogliche Staatsministerium hat, wie nun bekannt wird, den Pfarrer Müller durch Briefkopf angewiesen, sich aller Handlungen zu enthalten, welche den konfessionellen Frieden stören könnten. So ist es gekommen, daß die Mädchen jetzt wieder evangelischen Religionsunterricht genießen.

Parlamentarische Nachrichten.

* **Berlin, 7. Dez.** In der Budgetkommission des Reichstages fand heute der von dem Abg. von Schöning u. Gen. gestellte Antrag zur Verabreichung, dem § 23 des Militärpensionsgesetzes folgenden Absatz anzufügen: „Den in einem Feldzuge verwundeten Offizieren, Militärärzten und Mannschaften des Reichsheeres und der Marine, welche durch ihre Verwundungen behindert waren, an den weiteren Unternehmungen des Feldzuges theilzunehmen, wird die höchste Zahl der anrechnungsfähigen Kriegsjahre einer militärischen Unternehmung zugewillt, wenn dieselben innerhalb dieser Zeit sich der Pflege ihrer Verwundungen zu deren Heilung haben unterwerfen müssen; dieser Bestimmung ist rückwirkende Kraft bis zum 2. August 1870 beizulegen.“ Nach kurzer Debatte wurde auf Wunsch der Regierungsvertreter die weitere Verhandlung und Beschlußfassung vorläufig vertagt. — Die im Reichstag eingebrachte Interpellation betreffs Verlängerung der Geschäftsstunden bis Abends 10 Uhr am 24. und 31. Dezember d. J. ist eingebracht von dem Abg. Werner (Antisemit) und folgenden Abgeordneten verschiedener Parteien: Hindewald. Dr. Böckel. Dr. Böhm. Freiherr von Buddenbrock. v. Dallwitz. v. Dannenberg. Dressler. Dr. Förster (Neustettin). Dr. Götz. Gräfe. Dr. Hahn. Dr. Haffe. Hauffe-Dahlen. Hänichen. Hirschel. Hofmann (Dillenburg). Jorasz. Köhler. Dr. König. Köpp. Klemm (Dresden). Leuz. Gleber (Weßen). Glebermann von Sonnenberg. Lohz. Dr. Meyer (Jalle). Nikert Sacke. Stroh. Walter. Wamhoff. Weber (Heidelberg). v. Werder-Schorbus. Zimmermann.

Militärische Mittheilungen.

(Von unserem militärliehen Mitarbeiter.)

M. Das Verbot des Tragens eigener Uniformen für Mannschaften (hauptsächlich wohl Einjährige, Reserveunteroffiziere, Fähnriche u. s. w.) wird seitens der Presse als eine vollständig neue Maßregel hingestellt, ist es aber durchaus nicht. Ein solches Verbot existirt schon sehr lange, wie wir uns erinnern bereits seit den sechziger Jahren. Die Heeresverwaltung bezw. das Oberkommando legte indeffen auf die Durchführung dieses Verbots keinen Werth und gestattete das Tragen eigener Uniformstücke oder legte es vielmehr in das Belieben der Regiments- bezw. selbständigen Bataillons-Kommandeure, diese Erlaubniß zu geben oder zu verweigern. So kam es denn, daß allmählich diese Erlaubniß als ein Recht angesehen wurde; man erinnerte sich des Verbots nicht mehr, das indeffen seitens des Oberkommandos nicht aufgehoben war. Jetzt scheint man an maßgebender Stelle der Meinung zu sein, daß das Tragen eigener Uniformen einen zu großen Umfang angenommen hat, und dürfte in Folge dessen auf jenes alte Verbot einmal wieder hingewiesen haben. Von militärischem Standpunkt aus finden wir ein solches Verbot ganz gerechtfertigt und die Eltern mancher Einjährigen, Freiwilligen u. s. w. werden auch nicht erzürnt über das Verbot sein, das auf die Ausgabe des jungen Soldaten nur von wohlthätigem Einfluß sein kann.

Aus dem Gerichtssaal.

n. **Posen**, 7. Dez. Das Schöffengericht verhandelte in seiner heutigen Sitzung über eine Privatklage wegen Beleidigung. Die Witbsfrau Beronika Muth in Persitz hatte gegen ihren Schwager, den Hauswirth Kausch, einen Prozeß angestrengt, der zu ihren Ungunsten endete. Aus diesem Grunde war sie gegen den einzigen in diesem Prozeß vernommenen Zeugen, Malermeister Drabert in Persitz, erbittert und soll sie zu mehreren Personen geäußert haben, derselbe habe in dem Prozeß einen Meineid gelehrt. Diesen Eid habe Drabert für einen Schnapsfalsch geschworen, er habe auch schon wegen eines Meineides im Zuchthause gefessen. Dem Drabert wurden diese Aeußerungen hinterbracht und er strengte gegen die Frau Muth eine Privatklage wegen Beleidigung an, die heute vor dem Schöffengericht verhandelt wurde. Die Beweisaufnahme ergab, daß die Angeklagte zu einer Frau Pysia vor dem Prozeß gegen Kausch gesagt habe, Drabert habe schon einmal falsch geschworen, er würde auch diesmal falsch schwören, während sie nach Beendigung des Prozesses zu dem Zeugen Lorenz Handbuch gesagt hatte, Drabert habe falsch geschworen, sodaß sie den Prozeß verloren habe. Auch der Schwager der Angeklagten, Muth, wurde in der heutigen Verhandlung als Zeuge vernommen. Als derselbe in den Saal trat, sagte die Beklagte, sie nehme diesen Zeugen nicht an, da der Mann „das Deslrium habe“, es habe dies auch schon in der Zeitung gestanden. Mit Rücksicht auf das nahe Verwandtschaftsverhältniß wurde dieser Zeuge nicht vereidigt. Der Gerichtshof berückichtigte, daß die Privatbeklagte dadurch, daß der Prozeß zu ihren Ungunsten ausgefallen sei, gereizt gewesen sei und erkannte, gegen sie wegen verleumdertischer Beleidigung unter Aufferlegung sämmtlicher Kosten auf nur 10 Mark Geldstrafe.

* Berlin, 7. Dez. Der sozialdemokratische Stadtverordnete, praktischer Arzt Dr. Zadeck, hatte sich gestern vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I wegen Beleidigung der Reserveoffiziere der preussischen Armee zu vertheiligen. Der Kriegsminister hatte den Strafantrag gestellt. Gelegentlich einer Wählerverammlung hatte der Angeklagte davon gesprochen, wie der Militarismus in das Volkthum übertragen werde. Der Reserveoffizier geniesse immer einen Vorzug, gleichviel ob er klug oder dumm sei. Man finde häufig, daß sie reichlich und stolz nach unten, kriechend und devot nach oben ständen. Diese Bemerkung wollte die Anklage auf den ganzen Stand

Frankfurt a. M., 7. Dez. (Effekten-Sozietät.) [Schluß.]
 Oesterreich. Reichsbank 279 $\frac{1}{2}$, Franzosen 251 $\frac{1}{2}$, Lombard 88 $\frac{1}{2}$,
 Ungar Goldrente —, Gotthardbahn 150,40, Diskonto-Kom-
 mandit 172,20 Dresdner Bank 32,10, Berliner Handelsgesellschaft
 129,30 Bochumer Eis Stahl 113,80, Dortmunder Union —, Br.
 51,10, Gelsenkirchen 142,70, Harpener Bergwerk 131,20, Stoll-
 110,50, Laurahütte 107,30, Iproz. Portugiesen —, Italienische
 Mittelmeerbahn 86,10, Schweizer Centralbahn 115,20, Schweizer
 Nordbahn 101,30, Schweizer Union 76,00, Italienische Kredit

Hamburg, 7. Dez. Raffee. (Schlußbericht). Good average Santos per Dezember 81 $\frac{1}{2}$ %, per März 80 $\frac{1}{2}$ %, per Mai 78 $\frac{1}{2}$ %, Sept. 76 $\frac{1}{2}$ %. Behauptet.

— *Wais* per Dezember 36 $\frac{1}{8}$. — *Spek* short clear nom. *Port*
per Dezember 12,75.

Kilogr., für Mais auf 113,50 M. per 1000 Kilogr., für Roggenmehl auf 16,20 per Sad, für Spiritus 70er auf 31,60 M. per 10 000 Liter-Proc. (M.=G.)

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Deder u. Co. (A. Köpfer) in Bosen.